

Länder melden Alternativtrasse an

GÜTERZÜGE Projekt soll in Bundesverkehrswegeplan

Von
Barbara Dietel

REGION. Wenige Tage nach Rheinland-Pfalz hat auch Hessen angekündigt, den Bau einer Alternativstrecke für den neuen Bundesverkehrswegeplan anmelden zu wollen. Die Trasse für Güterverkehr soll das Mittelrheintal entlasten. Die Anmeldung werde im Gleichklang mit Rheinland-Pfalz voraussichtlich im Herbst erfolgen, erklärte der hessische Verkehrsminister Florian Rentsch (FDP). Die Landesregierung wolle sich dafür einsetzen, dass die Lärmentlastung als maßgebliches Entscheidungskriterium verankert wird.

Studie wird erstellt

Rentsch wie auch das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium verweisen auf die Studie für den Eisenbahnkorridor zwischen Köln und Karlsruhe. Die Landesregierung habe den Bund aufgefordert, bei dieser Studie konkret auch die alternative Güterzugstrecke betrachten zu lassen, erklärte das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium Ende Juli auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Hans-Josef Bracht (CDU). Ziemlich genau zur selben Zeit teilte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) mit, dass per Gutachten ermittelt werden soll, ob Güterzüge „über die grüne Wiese“ geführt werden können. Das Wort Bundesverkehrswegeplan war dem Minister in diesem Zusammenhang jedoch nicht über die

Lippen gekommen. Er hatte vielmehr erklärt, dass das nicht von heute auf morgen gehe.

Der Bundesverkehrswegeplan, der für einen bestimmten Zeitraum alle Investitionen des Bundes in seine Verkehrswege umfasst, soll 2015 neu aufgestellt werden. Rheinland-Pfalz drängt deshalb auch darauf, dass die Studie so rechtzeitig fertiggestellt wird, dass ihre Ergebnisse für die Neuaufstellung berücksichtigt werden können.

Bislang gibt es allerdings weder konkrete Pläne für eine Trassenführung, noch gibt es auch nur ungefähre Schätzungen, wie teuer eine Alternativtrasse wäre, erklärte das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Die Trasse sei nur als Strecke der DB Netz AG realisierbar. Daher sei auch der Bund für alle Planungsschritte verantwortlich, so das Ministerium, das vor einiger Zeit bereits eine Trasse entlang der A61 ins Spiel gebracht hatte.

Demo bei Gauck-Besuch

Rund 30 Vertreter verschiedener Bürgerinitiativen haben unterdessen gestern beim Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck in Oberwesel gegen den Bahnlärm und für den Bau einer Alternativstrecke demonstriert. Der Bundespräsident sagte dazu: „Was mir am meisten gefällt, ist, dass die Bürger sich einmischen.“ Er versprach, sich mit den geeigneten Personen über das Problem zu unterhalten.